

Stärke durch Minister oder Staatssekretäre vertreten. Staatssekretäre nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Regierung teil.

(2) Schließt sich eine Fraktion aus, so findet die Regierungsbildung ohne sie statt.

(3) Die Minister sollen Abgeordnete der Volkskammer sein.

(4) Die Volkskammer bestätigt die Regierung und billigt das von ihr vorgelegte Programm.

#### Artikel 93

(1) Die Mitglieder der Regierung werden bei ihrem Amtsantritt vom Präsidenten der Republik eidlich verpflichtet, ihre Geschäfte unparteiisch zum Wohle des Volkes und getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen.

#### Artikel 94

(1) Die Regierung sowie jedes ihrer Mitglieder bedürfen zur Geschäftsführung des Vertrauens der Volkskammer.

Ich bitte nunmehr den Herrn Ministerpräsidenten, zu Punkt 1 der Tagesordnung,

#### **Mitteilung des Ministerpräsidenten über die Zusammensetzung der Regierung,**

verbunden mit Punkt 2 der Tagesordnung,

#### **Entgegennahme der Erklärung des Ministerpräsidenten zum Programm der Regierung,**

das Wort zu ergreifen.

### **Ministerpräsident Grotewohl:**

Meine Damen und Herren! Am 7. Oktober 1949 bin ich nach der Konstituierung der Provisorischen Volkskammer von ihrer stärksten Fraktion, der Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, als Ministerpräsident für die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benannt worden.

Dem von ihrem Herrn Präsidenten ausgesprochenen Wunsch folgend, habe ich sofort die Besprechungen zur Regierungsbildung mit den Fraktionen dieses Hohen Hauses aufgenommen. Der Wille aller Fraktionen, tätig am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und an der Lösung der vor uns liegenden schweren Aufgaben teilzunehmen, hat uns rasch zum Ziel geführt.

Ich habe daher heute die Ehre, die von mir gebildete Provisorische Regierung Ihnen vorzustellen und Ihnen das Programm dieser Regierung vorzulegen, mit der Bitte, die von mir gebildete Regierung zu bestätigen und das Regierungsprogramm zu billigen. Entsprechend dem von Ihnen am 7. Oktober dieses Jahres beschlossenen Gesetz über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sind in die Regierung drei Vertreter der stärksten Fraktionen dieses Hauses als gleichberechtigte Stellvertreter des Ministerpräsidenten eingetreten, nämlich die Herren

Walter Ulbricht,  
Prof. Dr. Hermann Kästner und  
Otto Nuschke.

Die 14 im genannten Gesetz vorgesehenen Fachministerien sind folgendermaßen besetzt:

Es übernehmen das

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten!

Herr Georg Dertinger;

das Ministerium des Innern

Herr Dr. Karl Steinhoff;

das Ministerium für Planung

Herr Heinrich Rau;

das Ministerium für Finanzen

Herr Dr. Hans Loch;

das Ministerium für Industrie

Herr Fritz Selbmann;

das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft

Herr Ernst Goldenbaum;

das Ministerium für Außenhandel und Materialversorgung

Herr Georg Handke;

das Ministerium für Handel und Versorgung

Herr Dr. Karl Hamann;

das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen

Herr Luitpold Steidle;

das Ministerium für Verkehr

Herr Prof. Dr.-Ing. Hans Reingruber;

das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen

Herr Fritz Burmeister;

das Ministerium für Aufbau

Herr Dr. Lothar Bolz;

das Ministerium für Volksbildung

Herr Paul Wandel;

das Ministerium für Justiz

Herr Max Fechner.

Die Regierung ist sich weiter dahin schlüssig geworden, einen Staatssekretär der Regierung und für jedes Fachministerium einen Staatssekretär zu berufen, um entsprechend Artikel 92 unserer Verfassung möglichst vielen Fraktionen die Teilnahme an der Regierungsarbeit zu ermöglichen.

Die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und mit der Verklawung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Der von den Westmächten ins Leben gerufene Bonner Separatstaat ist die Vollendung der Spaltung Deutschlands, die von den imperialistischen Westmächten seit Jahr und Tag mit Beharrlichkeit betrieben wurde. Die dem deutschen Volke im Potsdamer Abkommen feierlich gegebenen Versprechungen wurden von diesen Mächten mit Füßen getreten, um in Deutschland ihre imperialistische Politik durchzuführen.

Unmittelbar nach der Beendigung des 2. Weltkrieges gingen die führenden englisch-amerikanischen Kreise mit der Aufstellung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes dazu über, eine dem Potsdamer Abkommen feindliche Politik durchzuführen. Sie versprachen hartnäckig dem deutschen Volke den versprochenen Friedensvertrag, sie verhinderten die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane und zerrissen durch eine Kette von Vertragsbrüchen die im Potsdamer Abkommen gewährleistetete Einheit Deutschlands. Bereits im Dezember 1946 wurde von den Regierungen der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die Bildung der Bizone getroffen, das den ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Zerreißung Deutschlands bedeutete. Mit der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates wurde ein separates Verwaltungsorgan in Westdeutschland gebildet. Es war klar, daß mit diesen Maßnahmen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Viermächteverwaltung Deutschlands erschüttert wurde. Trotz der Warnung und Proteste der Regierung der Sowjetunion, trotz des Widerstandes der deutschen demokratischen Kreise setzten die imperialistischen Mächte und ihre deutschen Beauftragten die